

Bestimmung zuzuführen. Um den einzelnen sozialen Betrieben ein wirtschaftliches und organisatorisches Rückgrat zu geben, sind die Gewerkschaften zur Gründung des Verbandes sozialer Baubetriebe geschlossen, der heute mit einem von den Gewerkschaften gezeichneten Stammkapital von über 7 000 000 Mark arbeitet. Dieser Verband hat die Aufgabe, die bereits bestehenden Betriebe organisatorisch zusammenzufassen und in ihrem Wirtschaftsbetrieb zu fördern, neue zu gründen und die Vertretung aller dieser Unternehmungen gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften, Reich, Staat und Gemeinden zu übernehmen. Um seiner Aufgabe gerecht zu werden, hat der Verband für einheitliche Wirtschaftsbezirke Bauhütten-Betriebsverbände gegründet, von denen bis heute 12 bereits in Tätigkeit sind, während die Gründung von 7 weiteren in Vorbereitung ist. Diese Betriebsverbände fassen die in ihrem Bezirke liegenden sozialen Baubetriebe, d. h. Bauhütten und Genossenschaften, zu einer wirtschaftlichen Einheit zusammen und bieten ihnen auf diese Weise, ohne daß doch die einzelne Unternehmung selbst zum Großbetrieb anzuwachsen braucht, die Vorteile eines Großbetriebes, d. h. die Möglichkeit der vollen Ausnutzung der Produktionsmittel, des preiswerten Einkaufs von Baustoffen, der Uebernahme auch größerer Bauaufträge, der rentablen Verwendung hochqualifizierter Hand- und Kopfarbeiter usw. Bis jetzt, etwa 2 Jahre nach Gründung des ersten Betriebes, bestehen rund 200 soziale Baubetriebe, die etwa 20 000 baugewerbliche Arbeiter und Angestellte beschäftigen. Der Umsatz im Geschäftsjahr 1921 betrug rund 350 Millionen Mark. Die Auftragsbestände sind in freier Konkurrenz mit den privaten Baubetrieben auf Grund preiswürdiger Angebote heringebracht worden. Die privaten Betriebe wurden dabei um rund 40 Millionen Mark unterboten. Die Unterbietung im Vorjahre war noch erheblich höher, weil damals die privaten Unternehmer, in Unkenntnis der Konkurrenz der sozialen Baubetriebe, die Preisgestaltung lediglich nach Gesichtspunkten ihrer Kartellpolitik vornahm. Diese enorme Unterbietung durch die sozialen Baubetriebe, die durch Ausschaltung unangemessenen Gewinnes einerseits, durch bessere innere Organisation und gesteigerte Arbeitsfreudigkeit der Beschäftigten andererseits ermöglicht wurde, kann also die Allgemeinheit als direkte Ersparnis verbuchen. Wesentlich noch ist die indirekte Ersparnis, die durch die allgemeine Herabsetzung des Preisniveaus entstanden ist.

Will man die Arbeit der sozialen Baubetriebe in vollem Umfange würdigen, so muß man sich vor allem die Schwierigkeiten klarmachen, unter denen diese Betriebe ihre Arbeit begonnen und auch heute noch leisten. Zunächst war der Widerstand der Bauauftraggeber, die nur ungenügend neuen, noch ungeprüften Betrieben den Zuschlag erteilten, zu überwinden, dann setzte der Kampf der privaten Bauunternehmer und Baustoffhändler gegen die sozialen Baubetriebe sofort ein und nahm immer größeren Umfang an — besonders wurde von Seiten der Baustoffhändler und der baugewerblichen Nebenbetriebe versucht, die Durchführung der von den sozialen Baubetrieben übernommenen Arbeiten durch Sperrung von Baustoffen, Krediten usw. unmöglich zu machen, um sich auf diese Weise den unangenehmen Konkurrenten vom Halbe zu schaffen. Schließlich hatten und haben die sozialen Baubetriebe mit einem Mangel an Betriebskapital zu kämpfen; sie mußten mit 25 Millionen Mark einen Umsatz von 300 Millionen Mark bewältigen, d. h. das Betriebskapital mehr als 10mal im Jahre umsetzen, während die Unternehmer nur mit einem zwei- bis dreifachen Umsatz rechnen und sich bei Uebernahme von Aufträgen ihr Kapital auch dementsprechend vergrößern lassen. Die sozialen Baubetriebe mühten sich ständig neu einzurichten, während die alt eingearbeiteten Privatbetriebe mit ihren noch im Frieden erworbenen Produktionsmitteln arbeiten konnten.

Vorstehende Ausführungen sind einer Denkschrift entnommen, die der Verband sozialer Baubetriebe dem Deutschen Reichstag unterbreitet hat, um das Interesse der Allgemeinheit, insbesondere ihrer Vertreter in den Parlamenten von Reich, Staat und Gemeinden für die Arbeit der sozialen

Baubetriebe zu erwecken und die Bereitstellung von öffentlichen Mitteln zur besseren Finanzierung dieser Baubetriebe zu erreichen. Natürlich werden diese Bemühungen des Verbandes sozialer Baubetriebe von dem baugewerblichen Unternehmertum aufs heftigste bekämpft. Die Denkschrift tritt deshalb auch den Einwänden der Unternehmer mit guten Gründen entgegen.

Die Einwendungen der Unternehmer sind natürlich nicht aus der Sorge für die richtige Verwendung öffentlicher Gelder im Allgemeininteresse entstanden, sondern lediglich aus Angst vor der Konkurrenz der sozialen Baubetriebe. Die Privatunternehmer haben nicht mehr das Monopol auf dem Bauplätze, können nicht mehr die Preise, fast ist man versucht zu sagen „nach Belieben“ in die Höhe schrauben. Sie müssen sich mit ihren Kostenaufschlägen nach den Preisen richten, die ihnen die billiger arbeitenden sozialen Baubetriebe vorschreiben. Wenn sie auf die Dauer konkurrenzfähig bleiben wollen, müssen sie sich auf die Forderungen der neuen Zeit umstellen, sowohl in wirtschaftlicher wie in persönlicher Beziehung. Anfänge dieser Umstellung sind auch schon zu bemerken. Wenn es also gelingt, den Bauplätze von den veraltetsten Betriebsformen zu befreien und den Forderungen des wirtschaftlich arbeitenden modernen Großbetriebes anzupassen, so verhandelt das die Allgemeinheit der sozialen Baubetriebe.

Wie groß das Interesse an der Bauhüttenbewegung und die anerkanntermaßen Bemerkung ihrer Arbeit von Seiten der Vertreter der Allgemeinheit in Ländern und Gemeinden bereits ist, ist daraus zu ersehen, daß sich öffentliche Körperschaften schon in einer Höhe von rund 5 900 000 Mark der Finanzierung von Bauhütten beteiligt haben. Auch im Reichstage dürften die Bestrebungen der sozialen Baubetriebe Unterstützung finden, nachdem der Unterausschuß des 13. Ausschusses bereits empfohlen hat, die gemeinwirtschaftlich arbeitenden Baubetriebe von Reich wegen finanziell zu unterstützen.

Radel für Koalitionspolitik.

Scharfe Beurteilung des Märzputsches.

Die „Rote Fahne“ veröffentlicht den zweiten Teil des Radel'schen Artikels, dessen erster Teil hier bereits besprochen wurde. Er bringt ein überraschendes Bekenntnis zum Opportunismus und zur Koalitionspolitik. Radel schreibt nämlich:

Manche Genossen haben gesagt, sie können nur einer Räterege- rung angehören, aber niemand hat versucht, diese Behauptung zu begründen. Man kann sie auch nicht beweisen. Die kommunistische Partei kann jeder Regierung angehören, die gewillt ist, mit dem Kapitalismus ernst zu kämpfen. Es gibt keinerlei prinzipielle Gründe für die Teilnahme, keinerlei prinzipielle Hindernisse der Teilnahme der kommunistischen Partei an einer Regierung, die den Kampf gegen das Kapital zu führen genötigt ist.

Damit geht Radel über die Taktik der Kommunisten in Sachsen und Thüringen mit hinaus, die dort sozialistische Regierungen nur indirekt unterstützen. Er hält die aktive Teilnahme an der Regierung auch im demokratischen Staat für unbedenklich. Ja, er schreibt weiter:

Wir werden eine Arbeiterregierung, wenn sie auch glaubt, sich einstweilen auf die Mittel der Demokratie beschränken zu können, in ihrem Kampfe gegen das Kapital mit allen Mitteln unterstützen, wie es die Resolution des Zentralschusses sagt, d. h. wir werden, wenn es notwendig ist, nicht nur für diese Regierung mit den Waffen in der Hand kämpfen, sondern auch die Mitverantwortung sowie die Teilnahme übernehmen.

Da Radel nun mit der Waffe in der Hand demokratische Regierungen unterstützen will, kommt die Putschtaktik der kommunistischen Zentrale und die Märzaktion bei ihm sehr schlecht weg. Ohne sie direkt zu nennen, beurteilt er sie in folgenden Sätzen:

Eine Räterepublik, die Diktatur des Proletariats, ist in Deutschland nur möglich, getragen von dem Willen der Mehrheit des Proletariats. Bevor das Proletariat durch die Politik der sozialistischen Regierung nicht überzeugt sein wird, man müsse einen Schritt weiter

im über die Demokratie hinaus, werden wir nicht versuchen, dieses Ziel auf dem Wege der Aktion der Minorität zu erreichen. (Es ist nur tatsächlich oft genug geschehen! Red. d. B.)

In Radel wendet sich auch gegen das neue kommunistische Putschstreben, wenn auch in vorsichtiger Form. Über der Sinn ist doch eindeutig, wenn er schreibt: Wir sind hier (in England) überzeugt, daß unsere Solidarität mit den hungernden Genossen unsere Entzweiung gegen ihre Behandlung die Partei nicht verhindern wird, die Sachlage kühl und ruhig zu beurteilen. (Siehe Trillerpfeifen, Wassergras usw. Red. d. B.) Wie helfen den Opfern des Bürgerkrieges nicht, wenn wir durch eine neue Niederlage im Bürgerkrieg der Bourgeoisie helfen, sich noch fester in den Sattel zu setzen und den Sozialdemokraten Argumente für ein Bündnis mit der Bourgeoisie gegen die „kommunistischen Putsche“ geben.

Diese Sätze enthalten ein Vernichtungsurteil gegen die bisherige kommunistische Putsch- taktik, denn sie stehen zu, daß alle bisherigen Putsche der Linkradikalen nur dem Bürgerum gehoffen haben, sich fester in den Sattel zu setzen. Sie geben zu, daß durch diese Putsche die sozialdemokratische Koalitionspolitik gerechtfertigt worden ist. Denn alle linksradikalen Putsche, vom Januarputsch 1919 angefangen bis zum März- putsch 1921, waren doch nur der von Radel auf das schärfste verurteilte Versuch, einer kleinen Minderheit gegen die große Mehrheit der Bevölkerung und der Arbeiterschaft zur Macht zu verhelfen. Schärfer, als es durch Radel hier geschieht, kann das bisherige Treiben der kommunistischen Partei nicht gebrandmarkt werden.

Reform des Eherechts.

Auf eine kleine Anfrage über die notwendige Reform des Ehescheidungsrechts hat der Reichsjustizminister in diesen Tagen geantwortet:

Auch dem Reichsjustizministerium sind in immer wachsender Zahl Eingaben und Beschwerden zugegangen, die sich mit der Frage der Umgestaltung des Ehescheidungsrechts befassen. Die Wünsche bewegen sich im wesentlichen in der Richtung, daß die Scheidung innerlich zerrütteter Ehen auch dann zugelassen werde, wenn die Zerrüttung nicht auf ein schweres Verschulden eines Ehegatten zurückzuführen ist. Das Reichsjustizministerium verkennt nicht, daß die Vorschrift des § 1503 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, das aus dem Gesichtspunkt der turklichsten Aufrechterhaltung der Ehe auf dem Standpunkt des Verschuldungsprinzips steht, in vielen Fällen harten und unzureichend ist. Im Reichsjustizministerium sind bereits seit längerer Zeit Erwägungen darüber im Gange, inwiefern die genannte Vorschrift einer Abänderung bedarf. Ein diesbezüglicher Gesetzesentwurf wird derzeit im Reichsjustizministerium vorbereitet. Eine Entschliessung der Reichsregierung über dessen Grundgedanken ist noch nicht erfolgt.

Beobachtungen gegen „Vorwärts“ verlag. Vor dem Schöffengericht Al-Moabit fand heute morgen die Verhandlung gegen die verantwortlichen Redakteure des „Vorwärts“, der „Freiheit“ und der „Roten Fahne“, sowie gegen den Allgemeinen Verband der deutschen Bankangestellten statt. Die Angeklagten waren durch Rechtsanwalt Dr. Halpert vertreten. Der Eintritt in die Verhandlung reiste der Vorsitzende eine Einigung an, die aber zunächst vom Genossen Dr. Feiler unter Hinweis auf die prinzipielle Bedeutung des Falles — es handelt sich um die Ausbeutung einer Angestellten — zurückgewiesen wurde. Im gleichen Sinne machten Genossen Dr. Halpert und Emonts vom Bankangestelltenverband Ausführungen. Da einige Zeugen zu laden sind, wurde der Termin versetzt.

Die neue Tageszeitung der Deutschen Volkspartei, die „Zeit“, hat am heutigen Donnerstag ihr Erscheinen begonnen. In seinem Eröffnungsartikel betont der Herausgeber Heinrich Rippler, der frühere Chefredakteur der „Täglichen Rundschau“, daß die neue Zeitung die politischen Anschauungen und Ziele der Deutschen Volkspartei vertreten will, ohne ein parteiamtliches Organ zu sein. Die Stellung des Blattes zur Republik wird mit dem nationalliberalen Stande umschrieben: „Wir stehen mit belibenen Füßen in der „neuen Zeit“ und auf der durch sie gewordenen Grundlage, aber wir werden nie die ruhmvollen Vergangenheit unseres Volkes verleugnen, sondern aus ihr Mut und Bereicherung für die Gegenwart schöpfen.“

Der Ueberblaubart.

Ein neuer Wellsturm hätte in den letzten drei Wochen ausbrechen, ein Erdbeben hätte die Hälfte Europas in Schutt und Asche verwan- deln können, und es wäre dies doch nicht für die französische Öffentlichkeit das wichtigste Ereignis gewesen. Landru war Trumpf, Landru ging vor, Landru, Landru über alles!

Es muß allerdings zugestanden werden, daß es sich bei Landru um einen noch nie dagewesenen kriminalistischen Fall handelte, der sogar die Würdiger-Berichte an Schauerlichkeit übertraf. Landru ist nicht überführt worden. Lediglich eine — allerdings umfassende und erschütternde — Kette von Indizienbeweisen hat zu dem Todesurteil geführt. Ein Geständnis war von ihm weder während der zweiwöchentlichen Unternehmung, noch im Laufe der dreiwöchigen Verhandlungen vor dem Schwurgericht in Versailles nicht heraus- zutreiben. Indes ist dies Verlangen allein keine Kunst. Es schreit nur dazu ein gewisses Maß von Hartnäckigkeit und Reifebarkeit, um sich nicht in Widersprüche zu verwickeln. Da nun Landru be- schuldig war, nicht weniger als elf Frauen und einen jungen Mann um die Gasse gebracht zu haben, da die Zahl der Anklagen in die Hunderte ging, war es an sich schon eine erschütternde Leistung von ihm, daß er sich bis zuletzt weigern konnte, ein Geständnis abzugeben. Bereits während der Untersuchung war auf Grund der Presseberichte und der Erzählungen in Anwaltskreisen ein Landru-Mythos entstanden. Romanotellen füllten Landru-Verbrechen die Spalten der Pariser Zeitungen. Schon waren einige Witzspiele und Skizzen die Frage auf, ob die Landru-Affäre nicht eine Erfindung der Reporterung Clemenceaus gewesen sei, um das öffentliche Interesse von wichtigen Dingen abzulenken.

Tatsächlich hat Landru der französischen Regierung einen un- schätzbaren Dienst geleistet: er wurde während der Pariser Friedens- konferenz im Frühjahr 1919 verhaftet, und der erste, formenlose Teil der Unternehmung spielte sich gerade während der Zeit ab, als die deutsche Friedensdelegation in Versailles weilte und als der End- kamf um die Gestaltung des Friedensdiktats im Gange war. Da- mals kümmerten sich die westlichen Kreise der französischen öffentlichen Meinung weniger um den Verfall als um die Rechtsforschung in den französischen Willen von Gambais und Bernouillet, wo Landru seine Opfer in einem kleinen Ofen verbrannt haben sollte und in den angrenzenden Gärten und Teichen, wo man Knochenreste ver- mutete.

Aber nicht die Tatsache seines Leuonens, sondern die Art seiner Verurteilung verleiht dem Landru seine Volksberühmtheit. Wie, Schandurteil, Christenverweigerung und vor allem ein so behaartes Ge- ständnis waren die Merkmale seiner Verteidigung. Landru ver- lieherte auf die Allmacht des Zweifels. Doch er an die elf Frauen, obwohl selbst verheiratet, durch Zerknirschtheit mit hei- roten Augen heranzutreten war, konnte er nicht bestreiten, auch nicht, daß er deren Mobilien, Schmuckgegenstände usw. verkauft hatte. Heiratskündel, betrügerischen Wählerhandel gab er ohne weiteres zu. Noch aber nicht, daß die elf Frauen — es waren zum Teil ältere, nicht gänzlich unbesetzte Witwen, die sich wieder verheiraten wollten — nacheinander spurlos verschwanden, ist jedoch

eine Tatsache, die sich weder mit Witz, noch mit mysteriösen Redensarten abtun läßt. Auch ist das Argument seiner Verteidigung nicht durchschlagend, daß er ja insgesamt mit 233 Frauen in Verbin- dung getreten ist und daß davon „nur“ elf spurlos verschwunden sind.

Landru führte genauestes Buch über Einnahmen und Ausgaben. Diese Genauigkeit wurde ihm zum Verhängnis. Nicht nur weil er den Erlös seiner Rodel- und sonstigen Verkäufe regelmäßig mit Datum darin verzeichnet — und dieses Datum stimmt jedesmal mit dem Verschwinden der Bestiherin überein —, sondern auch weil darin einige Details enthalten sind, die fast ebenbürtig wie ein Geständnis wert sind. Wenn er sich z. B. mit seinem Opfer nach Gambais oder Bernouillet begab, da nahm er sie — und verzeichnet dies — ein einfaches und ein Retourbillet (weil letzteres einen Groschen billiger ist; ein französischer Sparartikel). „Sie“ brauchte ja keine Fahrkarte für die Rückreise.

In Wirklichkeit gibt es wohl niemand in Frankreich, der nicht fesselt davon überzeugt ist, daß Landru ein Frauen in der Zeit von 1913 bis 1919 umgebracht, zerstückt und in einem Ofen ver- brannt hat. Und trotzdem genießt er viele Sympathien — nicht zuletzt bei der „besseren“ Frauenwelt — und hätten ihn diese Leute von der Nordensonne freigesprochen. Vielleicht gelang es noch seinem An- walt, die Zweifel in letzter Stunde beim Präsidenten der Republik auszuspielen und eine Beobachtung zu erwirken. Damit würde Herr Millerand den geheimen Empfindungen und Wünschen vieler Fran- zosen entgegenkommen, die zwar, an Landrus Schuld eben so fest glauben wie der Staatsanwalt, die aber in dem schicksaligen Bau- bart einmal den Don Juan erblicken, der viel geliebt wurde und dem daher nicht verziehen werden muß, und vor allem dem Mann, der die Behörden — Untersuchungsrichter, Kriminalkommissare, Staats- anwalt usw. — mehr als einmal hinterspielt hat. In Frankreich hat fast jeder als großer Mann gegolten, der den Gendarmen ver- prügelt.

Ein Mißgeiß. Genosse Dr. Köster schreibt uns: „Auf Ihre Bemerkung in der heutigen Morgennummer bezüglich der Beschlag- nahme des Buches von Georg Groß teil“ ich Ihnen hierdurch mit, daß weder ich noch irgendeiner meiner Mitarbeiter die Beschlag- nahme angeordnet hat.“

Diese Mitteilung entspricht ganz unseren Erwartungen. Da die Tatsache der Beschlagnahme aber besteht, ist der Schuldige mo anders zu suchen. Wo sitzt er?

Kleines Theater: „Jacqueline“. Die Firma Klers u. Coillabet, große Konfektion in französischen Bühnenveranstaltungen, genießt einen guten Ruf bei uns, weil ihr einmal ein Schärer („Der König“) ge- lungen. Grund genug, daß dieser wieder hervorgerufen wurde und beinahe richtige Geschäftsmittlerung der Retter, eine ältere Ware derselben Firma neu einzuführen. Das Thema ist das angenehme: die Trinität der bürgerlichen Ehe, gemildert durch obligatorische Seitenpränge. Auch die Aufführung durch den Typ eines un- erdornenen Mädchens, das sich ehrlich verliebt, sich den Mann erobert und ihm seine erste Untreue durch gleiches vergelten möchte (aber

nicht kann), ist so keineswegs neu. Über dieses Mädchen war Carola Logge, und sie machte den langen und durch Pausen zerbrochenen Abend erträglich. Ihre Jacqueline, die über ihre Liebe wacht, war so frisch, natürlich, so richtig verliebt und ehrlich empört, daß man die Unwahrscheinlichkeit und Sentimentalität der Rolle darüber ver- gah. Hans Wibers erfüllt keine Aufgabe, eine Frauenrolle zu sein, mit einem gewissen Humor. Dem ungeeigneten Objekt von Jacqueline's Ehebruchverfuge gibt Julius Falkenstein den Cha- rakter einer Professorenfigur aus den „Hilgenbüchern“. (Und das ge- fällt!) Rosa Bertens kam als weiterfahrende Marquise nicht ganz auf ihre Kosten. Um so mehr aber die jungen Leute der Retter, die in Hause wachten und das zahlende Publikum abhielten, selbst ihren Dank abzulassen.

Groß-Rumänien, der Balkanstaat der Zukunft? Ueber dieses Thema sprach Prof. Dr. B. Hennig in einem Bildbühnenortrag in der Urania. Der Refrent, der selbst jahrelang in Rumänien lebte, und eigene Eindrücke sammelte, schilderte in recht ausdauernder Weise die Eigenart dieses Landes, seine Sitten und Gebräuche, seine wirtschaftlichen Verhältnisse. In keinem Lande treten die Gegen- sätze zwischen arm und reich so trag hervor, wie in Rumänien und liegt wieder in den Städten. Neben dem herrlichen Palast des im Ueberflusse lebenden Reichen steht man das zerfallene Haus des Armen, dem oft das Nötigste zum Leben fehlt. Der ärmere Teil des Volkes ist daher unterernährt. Rumänien ist zum größten Teil Agrarstaat und liefert über die Hälfte seines Ertrages an das Aus- land. Seine Industrie ist noch im Werden begriffen. Dabei bietet sich auch hier für den deutschen Handwerker und den Landwirt noch ein großes Feld der Betätigung, sobald erst wieder völlige Ruhe im Lande eingeleitet sein wird.

Infolge des für Rumänien äußerst glücklichen Friedensschlusses vereinigt es jetzt so ziemlich sämtliche rumänisch sprechenden Volks- stämme innerhalb seiner neuen, bedeutend erweiterten Grenzen. Ge- linet es der Regierung, die verschiedenen Völkerstämme des neuen Groß-Rumänien zu einigen und alle Widersprüche zu beseitigen — eine der größten Schwierigkeiten im Lande — so sind nach dem Refrenten die Zukunftsaussichten dieses Landes die denkbar glän- zlichsten.

Augenlust für Anbesucher. In einer Sitzung der Städtischen Behörde in Birmingham, der die Genehmigung zum Bau neuer Kineothater obliegt, wurde die Möglichkeit erörtert, daß die auf den ersten Reichen sitzenden Besucher der Kinos durch das grelle Licht der Filmmerkelwand Schaden an den Augen erleiden könnten. Wie der Vorsitzende ausführte, besteht diese Gefahr jedoch in den Kinos der Stadt nicht, da hier kein neues Kineothater errichtet abgenommen wird, in dem nicht die Forderung erfüllt ist, daß zwischen Bühne und Vorzelt ein Zwischenraum von rund 12 Meter frei bleibt, ein Ausmaß, das nach dem Gutachten der Sachverständigen eine Schädigung für die Augen der Besucher völlig ausschließt.

Theater. Die Vertreter des jüdischen Bühnenverwalters „Kantel“ der „Schmied“ 14 auf Montau, A. Del., verabschiedet worden. Die für letzten Dienstag geübten Rollen behalten Gültigkeit.

„Enthüller“ Eberlein.

Selt unseren Veröffentlichungen droht die Zentrale der SPD. mit Enthüllungen darüber, wo die „wahren Prookateure“ des Märzauflandes sitzen. Es kommt aber nichts — denn man hat nichts! Erst wurden uns Protokolle verlesen, aus denen die Unrichtigkeit der Lemd- und Bowitz-Berichte klar herorgehen sollte. Es kam aber nur ein Beschlus, der die unbedeutenden Enthüller mit dem Rausschmiss bedrohte. Dann klappte nach ein seit sechs Monaten bekanntes Zitat Seeverings aus dem „Getreuen Eberhard“ hinterher, dessen Sinn von den Kommunisten auf den Kopf gestellt wird. Schließlich eine Verurteilung auf den preussischen Untersuchungsausschuss, in dem das Gegenteil dessen zutage getreten ist, was die SPD. behauptet. Das war alles!

Die völlige Hilflosigkeit der SPD. zeigte sich auch in der Versammlung, die Eberleins Rechtfertigung dienen sollte. Ein Funktionär der SPD., der Gelegenheitsarbeiter, in dem nur halbgelächelten Saal der Brauerei Friedrichshain Eberleins Referat anzuhören, schreibe uns darüber:

„Wer etwa erwartet hätte, daß Eberlein auf die Enthüllungen des „Vorwärts“ eingehen und sie im einzelnen widerlegen würde, der war bitter enttäuscht. Etwas eine Stunde lang referierte Eberlein über die Reparationszahlungen an die Entente, über den Tiefstand der Mark, über die Teuerung und alle möglichen andern Probleme, nur über den Zustand in Mitteldeutschland ging er sehr schnell hinweg. In der Diskussion verlangten zwei Redner mit aller Energie, Eberlein möchte sich doch klipp und klar zu den Verhältnissen der kommunistischen Führer Lemd, Bowitz, Mecker und Schmidt äußern. Jetzt geriet Eberlein, der bis dahin künstliche Ruhe zur Schau getragen hatte, in sichtbare Erregung. Zunächst behauptete er, daß die Berichte entstellten, nicht wortgetreu usw., wiedergegeben seien. (Wiespricht hat Eberlein die Güte, uns einmal die Stellen der Berichte zu bezeichnen, die wir nicht richtig wiedergegeben haben sollen. Red.) Einem gerichtlichen Verfahren sehe er mit Ruhe entgegen und betrachte es als seine Privatangelegenheit. Auf Jura hin rief er mit Empörung in den Saal: „Ich habe weder ein Munitionsdépôt noch die Produktionsgenossenschaft, noch Ententetriegsschiffe in die Luft gesprengt.“ (Tatsächlich ist aber in der Produktionsgenossenschaft ein Schornstein gesprengt worden, wobei andere Teile beschädigt wurden, in dem Breslauer Zeitungsbauwerk der SPD. ein Abort usw.) Hier kommunistische Führer bekundeten übereinstimmend in ihren Berichten, daß Eberlein diese Sprengungen angeregt hat. Daß er sie selber ausgeführt hat, ist nie behauptet worden. (Red.) Im übrigen wiederholte Eberlein seine bekannte Rede aus dem Landtag, aus der seine Anhänger zur allgemeinen Enttäuschung entnehmen konnten, daß die Berichte doch echt sind. Statt aber auf den Inhalt der Berichte einzugehen, schimpfte Eberlein über die „Bande vom „Vorwärts“ und der „Freiheit“, weil diese Blätter die Berichte veröffentlicht haben. Er verzichtete auf eine Ehrenklärung, denn dazu sei die öffentliche Versammlung nicht kompetent. Wozu dann die ganze Komödie? Frau Schollem verfrüchte nach Eberlein zu verteiligen, erntete aber nur sehr schwachen Beifall. Die kommunistischen Anhänger Eberleins nahmen zwar gebräut die vorgeschlagene Resolution an, aber waren doch sichtlich enttäuscht. Denn sie hatten von Eberlein eine positive Widerlegung der Berichte erwartet, die ebensowenig erfolgte wie die angekündigten Enthüllungen.“

Die Worte der SPD.-Zentrale „Wagt, was Ihr könnt“, wird weiter befolgt. Eine ungeheuerliche Fälschung leistet sich die „rote Fahne“ in der Abendausgabe vom Dienstag. Dort zitiert sie unter der Überschrift „Die „Volksstimme“ gegen die „Vorwärts“-Sache!“ zwei Sätze aus unserem Chemnitzer Parteivorstand, um den Lesern zu erweisen, als wenn dieses gegen den „Vorwärts“ Stellung nähme. Wir geben die zitierten Sätze in gewöhnlichem Druck wieder und lassen in Fettdruck die Stellen folgen, die in der Chemnitzer „Volksstimme“ ihnen unmittelbar angehängt sind:

Wir wissen uns frei von jenem tölpelhaften Haß, der in manchen Kreisen von dieser oder jener proletarischen Partei spukt, und wir wissen uns ebenso frei von jener feindseligen Parteilichkeit, die selbst das unehrliche Geschehen in Rußland nur unter dem Gesichtswinkel der Parteiorientation betrachten kann. Stehen also der kommunistischen Bewegung mit aller möglichen Objektivität gegenüber. Aber gerade diese unsere Sachlichkeit ist uns in den Augen der heraufstrebenden Gesichter von jener Seite schärfer zu erkennen als hundert Parteifehler. Ueberflüssig zu sagen, daß wir nicht jeden kleinen Anlaß benutzen, um gegen die kommunistische Partei zu kämpfen. ... Aber wenn es geschieht, dann ist höchste Kulturfeindschaft geboten, weil wir die verdammte Pflicht und Schuldigkeit haben, zu verhindern, daß das deutsche Proletariat nochmals in Puffere und Affären hineingezogen wird, die noch jedesmal mit einer blutigen Niederlage enden. ...

Wenn wir heute auffordern, den kommunistischen Partein zu Bildung der Einheitsfront und zum Generalsirei das schärfste Mitteltemen und die größte Vorsicht ergebnissicher. So haben wir wahrlich durch die Erfahrungen der letzten Jahre alle Veranlassung dazu.

In einem hat die Zentrale der Kommunisten gelernt: seit den Erfahrungen des März-Aufstandes, der von der riesigen Mehrheit des Proletariats abgelehnt wurde, suchen sie ihre Aktionen nunmehr in die allgemeine Bewegung hineinzuheften. Diese Zentrale ist von einer primitiven Einfachheit, aber darum auch um so gefährlicher. Es teilt sich gut, daß ausgerechnet jetzt der „Vorwärts“ Dokumente veröffentlichte, die uns beweisen, mit welcher Treulosigkeit die kommunistische Zentrale den mittel-russischen Zustand inszenierte, und die aus den Kreisen der kommunistischen Parteilichkeit selbst stammen.

Man vergleiche die Zitate der „roten Fahne“ aus unserem Chemnitzer Parteivorstand mit dem, was es wirklich gesagt hat. Dann kann niemand mehr daran zweifeln, daß die von den Kommunisten jetzt gepredigte Einheitsfront nichts anderes darstellt als eine solche des Schwindels!

Gegen den Zerstörerunsinn.

Am 1. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Der Kruppische Arbeitererrat erhielt vom französischen Metallarbeiterbund, gez. Merschheim, eine Sympathieerklärung, die ausdrücklich den Protest an General Koller billigt. Es heißt in der Sympathieerklärung u. a.: „Durch das Bundesbureau ist alsbald eine Eingabe bei der französischen Regierung zum Zwecke der Protesterhebung gegen solche Akte gemacht worden. Sie können versichert sein, daß wir nicht aufhören werden, unsere Regierung aufzufordern, vorzukommen ein Ende zu machen, die wir für unbillige Quälereien halten.“

Für Koller und Reich! Man schreibt uns aus Potsdam: Der Potsdamer Justizsekretär Oppermann, der bekannte Werber für oberdeutsche Truppen, hat gestern eine großangelegte Fahnenweihfeier im Colé Sanssouci für den deutschen Nationalen Kriegsbeschädigtenverein veranstaltet. Sämtliche Festteilnehmer mußten in Feldanzugsform mit Orden und Ehrenzeichen erscheinen. „Hofprediger“ D. Boas hielt die Ansprache und ein General sprach bei der Uebergabe der Fahnen. Die weiheten die Worte: Für uns Potsdamer gilt nur das eine Wort: Für Koller und Reich! (Soll wohl heißen: Für Koller und Reich — tum!) Zu dieser solennistischen Feier waren viele Beamte der Potsdamer Behörden erschienen.

Der Mordprozeß um Wachtmeister Buchholz.

In der Schwurgerichtsverhandlung gegen die Schußpolizeiwachtmeister Meyer und Erren wurde heute die Erörterung der Kassenverhältnisse bei der Hundertschaft z. B. A. fortgesetzt.

Wachtmeister Wiesinger bekundet, Buchholz habe die Uebernahme der Kasse zunächst ablehnen wollen. Die

Verwirrung, die in der Kassenführung herrschte,

wird von dem früheren Polizeihauptmann Archangeli geschildert. Zeuge, der Kassenverstand beim Schußpolizeikommando war, hat Hauptmann Etennes und Wachtmeister Buchholz mehrfach an die Abrechnung gemahnt. Sie unterließ immer wieder, weil zu viel zu tun war. Die Höhe der geleisteten Vorkasse belief sich schließlich schon auf über 2 Millionen Mark. Später entdeckte dann der mit der Bücherprüfung betraute Leutnant Enderslein einen Fehlbetrag von 173 000 Mark. Verwaltungsdirektor Sonnenschein, der bei der Bücherprüfung mitwirkte, hat, hält bei der festgestellten Doppelbuchung von etwa 60 000 Mark ein Versehen für ausgeschlossen. Festgestellt wird, daß Lehmann einem Beamten das Gehalt versehenlich doppelt gezahlt hat. Er gibt das zu. Ein Zeuge Rudolfs hat von Buchholz gehört, daß Lehmann das öfter getan habe. Die zu unrichtig gezahlten Gehälter seien aber zurückgezahlt worden.

Sobann wird über die Waffensuche in der Kaserne der Hundertschaft z. B. A.

Polizeioberst Kaupisch vernommen. Wachtmeister Dräger hatte die Waffensuche gemeldet, und der Polizeipräsident ordnete dann die Durchsuchung der Kaserne an. Hauptmann Etennes wurde zum Polizeipräsidenten bestellt, um über die Waffensuche vernommen zu werden. Der Hauptgrund war, daß er bei der Waffensuche nicht zu-

gegen sein sollte, weil nach Drägers Angaben anzunehmen war, daß er seine Leute beeinflussten würde. Dem Polizeikommissar Gerhard, der mit anderen Beamten in der Kaserne erschien, gab Dräger einen Zettel mit der Mitteilung, daß die Waffensuche in der Nacht verlesen worden waren. Oberst Kaupisch versammelte die Mannschaft im Saal und redete auf sie ein. Bei der Untersuchung benahmen sich eine Anzahl Beamte renitent.

Zur Entschuldigung führt Zeuge an, daß die Leute erregt waren, daß auch einige Offiziere ihren Einfluß nicht geltend machten, und daß irrtümlicherweise angenommen wurde, der Polizeipräsident habe kein Recht (1) zu dieser Durchsuchung, das er tatsächlich doch hatte. Die Penitenz schildert Kaupisch näher. Auf einer Stube habe man sich z. B. geweigert, die Schränke zu öffnen. Erst als er mit sofortiger Entlassung drohte, gab man nach.

Oberst Kaupisch äußert sich auch über die Beschäftigung von politischen Agenten. Der Polizeipräsident Richter habe großen Wert darauf gelegt, daß diese Einrichtung abgeändert würde. Im März d. J. sei dann vom Ministerium des Innern die

Entlassung des Agenten angeordnet worden. Seitdem habe die H. z. B. A. keine politischen Agenten mehr beschäftigt. Der Nachrichtendienst ist jetzt Sache der Ortspolizeibehörden, nicht der Polizeidirektion.

Polizeioberst Weber bezeichnet die Hundertschaft z. B. A. als eine besondere Elitegruppe, die er im Einverständnis mit Geheimrat Doye als „Vorpökel“ aufgestellt habe. Mit Pökel habe sie nichts zu tun. Die Hundertschaft mühte „wie Bieh und Schwefel“ zusammenhalten, sonst wäre sie verloren gewesen.

Groß-Berlin Qualität.

Das Publikum soll die Behörden im Kampfe gegen den Wucher unterstützen. Ein schöner Gedanke — aber ihn in die Praxis umzusetzen ist nicht leicht. Man hat den besten Willen, an der Reinigung des Augiasstalles mitzuwirken und stößt gleich zu Anfang auf Hindernisse, die den guten Voratz lähmen. Da ist vor allem die Frage der Qualität. Wer will entscheiden, ob der Händler im Recht ist, wenn er behauptet, seine Ware sei um mindestens 500 Proz. besser als die, die der geehrte Kaufstücker vor drei Tagen in einem anderen Geschäft erstanden habe.

Ein Beispiel für viele. Kohlenanzünder sind für mich wegenstände des täglichen Gebrauchs — ich muß den Ofen anheizen und stecke lieber eine halbe Tasse des brandstiftigen Zeugs in den Ofen, als daß ich auf den Knien liege und die kümmerliche Glut durch Blasen ansahe. Nun habe ich eine ausgezeichnete Bezugsquelle entdeckt — Paket 1 M. und das Zeug brennt wie der Teufel. Aber die halbe Verkäuferin macht erst um 1/2 Uhr auf, und als ich jüngst kurz nach 8 Uhr vorprede, war der Laden noch geschlossen. „Kommt erst um 1/2 Uhr“ — sag's ein mitleidiger Hausbewohner. „Na, ich wollte Kohlenanzünder kaufen — wo gib's die wohl hier in der Nähe?“ — „Dort drüben, nächste Straße, ein bißchen weiter herunter.“ — Richtig, ich bekam das Paket für 1 M. — beim Brennen schienen sie mir langsamer zu sein als die anderen. Nach drei Tagen ging ich von neuem in den Laden. „Paket 1,25 M.“ — „Es, ich habe doch erst vor drei Tagen 1 M. gezahlt.“ — „Hier bei uns? — ganz ausgeschlossen.“ — „Doch hier — und anderwärts auch nur 1 M.“ — „Aber nicht für die Qualität.“ Da war ich ge'gessen — sollte ich meine Feuerwerkerrichtung zum besten geben? Ich zahlte und beschloß, an das Wucheramt zu schreiben: Ein Biestel Aufschlag in einem Hops ist doch wohl etwas reichlich.

Notürlich habe ich nicht geschrieben. — Und so wie mir in diesem Falle geht es vielen Hunderttausenden täglich, stündlich: man schimpft und zahlt — denn die Qualität — das heißt alles: den erhöhten Preis für die Wurst, den Käse, das Korsett, die Streichhölzer, den Sped.

Oftendur hat der deutsche Gewerbestand noch nie soviel auf Qualität gegeben wie in diesen Tagen, wo die Kurse für alle beweglichen Dinge um fast ebensoviel Prozent in die Höhe schnellen wie die für Augen und Klauen an der Börse.

Der erste Tag der neuen Fahrpreise.

Das Wechselgeld fehlt.

Soviel wie heute über die neuen Fahrpreise geschimpft und gemewert worden ist, dürfte in den letzten Wochen wohl nur über die Lebensmittelerhöhung hergezogen worden sein. Bisher waren die Einmar-Fahrtarten und Fahrscheine so wunderbar bequem, sowohl für Schaffner wie für das Publikum. Jetzt hat wieder die Sühnerel nach kleinem Wechselgeld begonnen. Die Straßenbahnfahrt kostet 1,50 M., die Hochbahn erfordert 1,30 M. und 1,50 M., der Autobus 1,50 M. und 3 M. Daraus geht hervor, daß die Fünzigpfennigscheine und -stücke plötzlich sehr begehrt und — natürlich — auch sofort sehr selten sind. Hoffentlich erleben wir es nun nicht, daß die Straßenbahn, die Hochbahn und die Autobusse zur Herstellung von eigenen Fünzigpfennigscheinen schreiten, die weil wir doch schon die Aluminiumfünzigpfennigscheine, die alten und die neuen städtischen Fünzigpfennigscheine, die Fünzigpfennig-Telephonmarken mit den drei Alken und die Fünzigpfennig-Briefmarken haben. Eine weit größere Ausgabe von Aluminium-Fünzigpfennigscheinen wäre angebracht.

Keine Fahrverweigerung mehr.

Wir kritisierten neulich das Verhalten gewisser Autohändler, die sich berechnigt glaubten, jede Fahrt, besonders in der Nachtzeit, verweigern zu dürfen, von der sich nicht ein besonders hoher Gewinn erwarten ließ. Das Polizeipräsidentium will jetzt diesem Unfug energisch zu Leibe gehen und stellt mit:

„Bei dem Polizeipräsidentium häufen sich die Klagen aus allen Kreisen des Publikums über willkürliche Fahrverweigerung von Auto- und Taxifahrern. Es ist sonar vorgekommen, daß kranken und hilfbedürftigen Personen die Fahrt verweigert wurde. Ein solcher Zustand kann nicht länger geduldet werden. Es sind daher Verfügungen ergangen, mit aller Strenge die Auto- und Taxifahrer zur Erfüllung ihrer Fahrverpflichtung anzuhalten. Die Polizei ist nach den Bestimmungen zur sofortigen Entziehung des Führerscheins belangt und wird von dieser Befugnis in Zukunft unumschätlichen Gebrauch machen.“

Der Mord in der Meher Straße.

Ueber die Vorgänge im Hause Meyer Straße 14 wurde gestern abend auch die Frau des ermordeten Ingenieurs Halenzahl verhört. Während Tiede dabei bleibt, daß Halenzahl sich selbst erschossen habe, will Frau Halenzahl von den Vorkämen selbst nur wissen, was ihr Tiede mitgeteilt habe. Sie behauptet, daß sie in der

Zeit, die in Betracht kommt, nicht in der Wohnung gewesen sei, sondern die Badenschilder abgenommen habe, um das Geschäft zu schließen. Frau Halenzahl ist die Tochter eines russischen Distriktpolizeioffiziers und in Rußland geboren. Dort lernte sie auch Halenzahl kennen. Ihre Beteiligung an der Einpackung und Fortschaffung der Leiche ihres Mannes gibt sie zu. Den sonstigen Auslagen der Frau sieht die Polizei sehr skeptisch gegenüber. Schwer belastet erscheint sie durch Briefe von ihr, die der Kriminalpolizei in die Hände fielen. Einer dieser Briefe war an Tiede gerichtet, ihren „lieben Fred“, wie sie ihn hier nennt. Er war einem für ihre Schwester in Neußlin bestimmten Briefe beigelegt und teilt Tiede mit, was sie über die Angelegenheit auslagern werde. — Die Leiche Halenzahls wurde gestern von Eberswalde zur Obduktion nach dem Berliner Schauhaufe gebracht.

Unterhaltung im Betrieb. „Weißt du schon, daß die „rote Fahne“ nächsten „Weiße Fahne“ helfen wird?“ „Nanu?“ „Ja, sie versucht doch täglich, sich weiß zu waschen.“

Jubilare bei der Feuerweh. Fünfundwanzig brave Beamte der Berliner Feuerwehr feiern heute ihr 25jähriges Dienstjubiläum. Branddirektor Reichel ließ allen gratulieren und sprach dabei jedem für die langjährige aufopfernde Tätigkeit im Dienste der Allgemeinheit seinen Dank und Anerkennung aus. Das Offizier- und Ingenieurkorps beglückwünschte die Jubilare persönlich. Die Kameraden überreichten Weissen und Angebinde, die zum Teil selbst angefertigt waren.

Der Streckhandel vor Weihnachten. Für die Zeit vom Montag, den 5. Dezember, bis Sonnabend, den 24. Dezember einschließlich werden die Vorschriften der Polizeiverordnung vom 18. September 1920, betreffend Einschränkungen in der Ausübung des Straßenhandels, außer Kraft gelegt. Für den letzten Sonntag vor Weihnachten, am 18. Dezember, wird die Ausübung des Straßenhandels einschließlich des Handels mit Zeitungen und Zeitchriften in der Zeit von 1 bis 6 Uhr nachmittags gestattet. Für Kinder unter 14 Jahren bleibt die Ausübung des Straßenhandels verboten.

Eine Schwadelleistung für Obdachlose. In letzter Zeit wird angeblich von dem Oberinspektor des Städtischen Obdach Berlin, Köhlerstraße 15, telephonisch der Besuch eines Mannes angefordert, der Sachen für die Obdachlosen einzusammeln läme. Andererseits werden von Frauen unter Vorzeigung einer mit einem Stempel versehenen Bekleidungs- oder Bekleidungs Sammlungen für die Obdachlosen veranlaßt. Diese Leute sind Schwindler, die Bekleidungen gefälscht; es muß eindringlich davor gewarnt werden, daraufhin Sachen abzugeben.

„Die Erde als Stern“. Am Freitag, den 2. Dezember, hält der Redaktionsrat Bruno Bärgel im Deutschen Künstlerbund einen populär-wissenschaftlichen Vortrag über das Thema: „Die Erde als Stern“. Der Vortrag findet mit Lichtbildern in der Aula des Friedrich-Realgymnasiums, Hilttenmaler Straße 37 (Nähe Markenzeisplatz-Galtesches Tor), abends 8 Uhr statt.

Im der Deutschen Friedensgesellschaft, Ortsgruppe Berlin, spricht Freitag, 2. Dezember, abends 7 Uhr, im Bürgerpalast des Berliner Nationalen Dr. Kurt Hiller über „Eine Kultur-Habitat“.

Verband Volksgesundheit. Heute abend 8 1/2 Uhr in der Oberrealschule, Riederwallstr. 12 Vortrag des Genossen U. Quast: „Die Verbrauchsvorgänge im menschlichen Körper.“ Eintritt frei. Gäste willkommen.

Krampf-Weihnachtsmesse. Der Fund zur Förderung der Selbsthilfe der körperlich Behinderten (Cito-Verband) veranstaltet am 6. und 7. Dezember im Festsaal des städtischen Ballhauses, Berlin SW 68, eine Krampf-Weihnachtsmesse (sonntags 11 Uhr), eine Weihnachtsfeier. Zum Ballsaal kommen Gegenüber, die von Krämpfen angegriffen sind: weibliche Landarbeit, Arbeiter, Schneider, Deutsche, Arbeitslose usw. Die Eröffnung findet am Dienstag, den 6. Dezember, nachmittags 5 Uhr, statt.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgebung. Teilweise regeln, sonst trocken, übermäßig heißer und wieder etwas kälter bei ziemlich frühen östlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinahrichten.

Heute, Donnerstag, den 1. Dezember:

- 12. Ubr. (stiller 10). 7 1/2 Uhr. Sitzung städtischer Funktionäre bei Eduard, Hilttenmaler Straße 37.
- 14. Ubr. 7 Uhr im Reichenteyer Hof. Sitzung des Verwaltungsrates mit dem Kommissar und den Kommissaren. — Sonntag, den 4. Dez., im Reichenteyer Hof. „Vierter Abend“. Karten bei dem Bezirksleiter.
- 16. Ubr. Charlottenburg, 7 1/2 Uhr. Jahrelend bei Wilmanns, Helmholzstraße 30. Referent: Ernst Tsch.

Sport.

Die Modereuen im Sportpalast am Mittwoch abend waren wieder nur mittelmäßig besucht. Das Programm wies neben einem 50-Kilometer-Geschwindigkeitrennen ein Ausdauerrennen und ein Ausdauerfahren auf. Im Punktefahren, dem Hauptrennen des Programms, ging Oskar Tiedt in 1 Stunde 17 Min. 9 Sek. mit 21 Punkten als Sieger hervor. Die nächsten Plätze belegten Oskar mit 15, Hofmann mit 15, Wenzel mit 14, Wenzel mit 13, Oskar mit 12 und der Niederländer Corstius mit 8 Punkten. Zwei vom Publikum ausgelegte Prämien überreichte sich Oskar und Oskar. Im Vorkampfen über 6 Runden war Tiedt mit 70 Meter Vorsprung siegreich vor Oskar mit 45, Kende mit 35, Bierig mit 20 und Zimmermann mit 20 Meter Vorsprung. Das Radballturnier gewann im Endstand über 4 Runden Oskar mit 45, Kende mit 35, Bierig mit 20 und Zimmermann mit 20 Meter Vorsprung. Das Radballturnier gewann im Endstand über 4 Runden Oskar mit 45, Kende mit 35, Bierig mit 20 und Zimmermann mit 20 Meter Vorsprung.

